

Ausgabe: Frühjahr 2023





Polizei in Mecklenburg-Vorpommern hat kein Rassismusproblem

Die Landtagsfraktion der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern wirft der Landesregierung vor, zu wenig gegen Rassismus bei der Polizei zu unternehmen. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Constanze Oehlrich, behauptete während einer Landtagssitzung, dass Menschen alleine wegen ihres migrantischen Aussehens von der Polizei kontrolliert würden.

Laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion wurden seit 15. September 2020 insgesamt 1.054 Beschwerden gegen Polizeivollzugsbeamte erhoben.

Davon waren allerdings lediglich acht Beschwerden aufgrund von diskriminierendem oder rassistischem Verhalten erfolgt. Von letzteren Beschwerden wurde lediglich eine als "teilweise begründet" eingestuft.

"Die Zahlen zeigen eindeutig, dass jeder, der in der Landespolizei rassistische Verhaltensmuster zu erkennen meint, den Bezug zur Realität komplett verloren hat", sagt Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag.

"Nichtexistierende Probleme lösen zu wollen, ist ein Hauptgrund für die Politikverdrossenheit vieler Bürger. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage gibt uns hingegen Recht in unserer Einschätzung, dass unsere Polizei gewissenhaft und sauber arbeitet", sagt Kramer.

Schuldesaster: *MV hat die höchste Sitzenbleiber-Ouote*



Ukrainekrieg:Deutschland ist beteiligt



Fachkräftemangel angehen:

Förderung von Meisterausbildung



Migrationspolitk: 400 Migranten auf 500 Einwohner in Upahl



Landtag will keine Erforschung von Impfnebenwirkungen Reali aber Studi

hat einen Antrag
der AfD-Fraktion
abgelehnt, die Förderung der Erforschung
von Long Covid auf Impfnebenwirkungen auszuweiten.

er Landtag

Allein im Jahr 2021 soll es laut der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) rund 2,5 Millionen Impfnebenwirkungen gegeben haben – davon rund 1,3 Millionen schwere Impfschäden.

Hinzu kommen mehrere hundert Klagen wegen schwerer Impfnebenwirkungen gegen diverse Pharma-Konzerne wie AstraZeneca, Biontech und Johnson & Johnson.

Durch die ergebnisoffene Analyse und Erforschung wollte die AfD-Fraktion eine wissenschaftliche Grundlage für zukünftige Handlungsempfehlungen schaffen.

Die AfD-Landtagsabgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner bedauert, dass der Antrag abgelehnt wurde. "Impfnebenwirkungen und schwere Impfschäden sind eine Realität. Es gibt dazu aber nur wenige Studien und Analysen. Ich kann mir die ablehnende Haltung

der anderen Fraktionen nur so erklären, dass das wahre Ausmaß vertuscht werden soll, um sich so der Verantwortung zu entziehen", so die AfD-Politikerin.



Düngemittelverordnung:Rot-Rot legt den Landwirten Steine in den Weg



Mobilität adé: EU beschließt Aus für den Verbrennermotor



Städte- und Gemeindetag fordert Erhöhung der Kapazitäten für Migranten

Angesichts der großen Zahl an Migranten hat der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern das Land aufgefordert, seine Erstaufnahmekapazitäten wie im Jahr 2015 deutlich zu erweitern.

Das Land solle wieder 4700 statt 1700 Plätze vorhalten, damit die Kommunen genügend Zeit bekommen, dauerhafte Lösungen vorzubereiten, heißt es in einem kürzlich veröffentlichten Positionspapier des kommunalen Spitzenverbandes. Es wurde bei einer außerordentlichen Sitzung des Vorstandes verabschiedet, wie es hieß.

Der kommunalpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Jens-Holger Schneider, bewertete die Ratschläge, wie man die unkontrollierte Einwanderung besser verwalten könne, als wenig hilfreich.

"Wir müssen die illegale Einwanderung effektiv begrenzen, eine Abschiebeoffensive starten und Personen ohne Bleiberecht zurückführen. Nur so können wir echten Kriegsflüchtlingen helfen und unsere begrenzten Ressourcen richtig einsetzen", so Schneider.



Neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigen: MV mit dem höchsten Anteil an Sitzenbleibern

In keinem anderen Bundesland bleiben so viele Schüler sitzen wie in Mecklenburg-Vorpommern. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, wurden im Schuljahr 2021/2022 im Nordosten fünf Prozent der Kinder und Jugendlichen nicht versetzt oder wiederholten eine Klassenstufe freiwillig. Im bundesweiten Durchschnitt war der Anteil mit 2,4 Prozent nur halb so hoch.

Kritik an diesem Zustand kommt vom bildungspolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Enrico Schult: "Dass Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich der Klassenwiederholungen von Schülern den weit abgeschlagenen Spitzenplatz einnimmt, ist das bittere Ergebnis der überzogenen Corona-Politik der Landesregierung.

Denn obwohl die Inzidenzen in Mecklenburg-Vorpom-

mern im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht sehr hoch waren, reagierte das Land mit besonders strengen Regelungen und verfügte mehrmals unnötige Schulschließungen.

Das Ergebnis sehen wir jetzt. MV ist im Vergleich zu anderen Bundesländern einmaliger Spitzenreiter, was die Anzahl der Klassenwiederholungen



angeht. Die Schulschließungen haben natürlich dazu geführt, dass die Unterrichtinhalte nicht entsprechend vermittelt werden konnten, denn auch der angebotene Distanzunterricht, so er denn aufgrund schlechter Internetverbindung überhaupt stattfinden konnte, war mehr Beschäftigung als eine Wissensvermittlung nach den vorgegebenen Rahmenplänen.

Und auch das teure Programm, Aufholen nach Corona' hielt offenbar nicht, was es versprach. Die AfD hat sich bereits früh gegen Schulschließungen ausgesprochen. Die überzogene Corona-Politik von Ministerpräsidentin Schwesig hat unsere Kinder im Ländervergleich unnötig ins Hintertreffen geraten lassen.

Die Entscheidungsträger in Schwerin sollten endlich politische Konsequenzen aus ihren Fehlentscheidungen ziehen", so Schult.

Nachbar-Staaten setzen auf moderne Kernkraft – und Deutschland glaubt an Luft und Liebe

Jeden Tag aufs Neue fragt man sich kopfschüttelnd: Was ist nur aus Deutschland geworden? Was für eine Regierung ist das, die es scheinbar kaum interessiert, dass ihre eigene Energie-Infrastruktur in die Luft gesprengt wurde? Weiß oder ahnt diese Regierung, wer Nord Stream 1 und 2 gesprengt hat und schweigt bewusst dazu?

Was ist das für eine Regierung, die die eigene Wirtschaft bewusst zerstört? Die Sanktionen erlässt, die den eigenen Bürgern und der eigenen Wirtschaft massiv schaden. Eine Regierung, die aus ideologischen Gründen die sichere Energieversorgung aufgibt und quasi an Energie aus Luft und Liebe glaubt, die wortwörtlich unbezahlbar ist!

Die sich von einer Abhängigkeit in die nächste – dafür auch noch wesentlich teurer und unzuverlässiger - begibt. Die auf eine wetterabhängige Energieversorgung setzt? Willkommen im Dritte-Welt-Land! Die großen Wirtschaftsunternehmen verlassen bereits das sinkende Schiff und verlagern ihre Produktionen ins Ausland. Viele andere Unternehmen haben das nicht mehr geschafft und ihre Pforten geschlossen.

"Während unser Nachbarland Polen – wie viele andere Länder auch – als souveräne Nation das Ziel hat, sich und seine Bevölkerung für die Zukunft energietechnisch abzusichern und auf modernste Kernkraft setzt, geht Deutschland den Weg in die Deindustrialisierung und den wirtschaftlichen und somit auch sozialen Abstieg", meint die energiepolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, Petra Federau.

Bezahlbare Energie müsse im Vordergrund stehen. "Kürzlich stillgelegte AKWs müssen mit neuen Brennstäben reaktiviert werden, wobei unsere Landes- und Bundesregierung endlich eine konsequente Linie führen müssen, statt nur ein verlorenes und unbeholfenes Fähnchen im Winde der ineffizienten Windkrafträder zu sein", so Federau.

Zudem hält sie es für Deutschland fatal, sich in den Ukrainekrieg einzumischen. "Das ist nicht unser Krieg", sagt sie. Die Sanktionspolitik gegen Russland habe die falsche Energiepolitik der Bundesregierung noch weiter verschärft. "Die Zeche müssen am Ende die Bürger zahlen", so Federau.



Neue LNG-Terminals sind weitaus lauter als gedacht

Betreiber des Lubminer LNG-Terminals will einer möglichen hohen Lärmbelästigung im Spandowerha-Nachbarort gen mit einem Datenabgleich auf den Grund gehen. Die dem Dorf gemessenen Werte würden dazu mit Lärmmessungen auf dem schwimmenden Flüssigerdgas-Terminal zu einem Modell zusammengeführt, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Regas, Stephan Knabe. Zuvor Mecklenburg-Vorpomhatte Umweltminister Till merns Backhaus (SPD) eingeräumt, dass in den Räumen einer Anwohnerin eine unzulässige Belästigung gemessen wurde.

"Sollte die Lärmbelästigung in durch das LNG-Terminal in Lubmin sich nicht bessern, würde die Ortschaften Spandowerhagen und Lubmin quasi touristisch nicht nutzbar

werden", kritisiert der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Paul Timm.

Timm schlägt vor, über alternative Standorte nachzudenken.

"Wenn LNG-Terminals vor Mecklenburg-Vorpommerns Küste die neue Regel werden, müssen alte Standards auf den Prüfstand. Ein Standort jenseits der Greifswalder Oie muss als Alternative in Betracht gezogen werden. Der Pipelinebau kann von dort aus beschleunigt an Land erfolgen und nicht aufwendig und zeitintensiv durchs Wasser.

Nord-Usedom kann landseitig mittels einer Pipeline erschlossen werden. Der Stützpunkt der Seenotretter auf der Oie wäre ein perfekter Anlaufpunkt und Standort für Rettungsschiffe, sollten Havarien im LNG-Betrieb auftreten", schlägt Timm vor.



Ukraine-Konflikt: Deutschland ist am Krieg beteiligt

Deutschland beteiligt sich direkt an einem Krieg gegen Russland. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten an westlichen Waffen auf deutschem Boden stellt Wissenschaftlern zufolge völkerrechtlich eine Kriegsbeteiligung durch den Westen dar.

Das geht aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags hervor. Demnach bestehe unter den Wissenschaftlern Konsens darüber, dass westliche



Waffenlieferungen völkerrechtlich nicht als Kriegseintritt gelten – solange es keine Beteiligung an Kampfhandlungen gebe.

"Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei beziehungsweise deren Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen", heißt es in dem Gutachten.

Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Horst Förster, zeigt sich angesichts der Lieferung von Panzern und der Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen Waffensystemen besorgt.

"Mit jeder weiteren Eskalation steigt das Risiko einer Ausweitung des Krieges und damit auch das Risiko, dass Deutschland in den Krieg hineingezogen wird", so Förster. Es gebe keine Alternative zu einer diplomatischen Lösung, die beiden Seiten Kompromisse abverlangt.

Ausverkauf der Heimat – Unkontrollierter Windkraftausbau zerstört Mecklenburg-Vorpommern

Auf allen Ebenen wird der radikale Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vorangetrieben. Jüngst beschloss das Bundeskabinett dazu ein Gesetz, welches die oft intensiven und gründlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen, für Windkraft & Co. deutlich reduzieren oder ganz aussetzen soll.

"Die Bundesregierung hat heute einen Windausbau-Beschleuniger auf den Weg gebracht, wie wir ihn noch nicht hatten", erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Der Ausbau von Windkraftanlagen und Stromleitungen werde deutlich schneller.

"Damit erhöhen wir die Dynamik des Ausbaus der Erneuerbaren Energien nochmal kräftig", meinte Habeck. Deutliche Kritik kam hingegen von der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag: Die grüne Energiewende entwickele sich zunehmend zur Bürde für den Arten- und Naturschutz, kritisiert der umweltschutzpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Thore Stein.



Landtag spricht sich gegen höhere Förderung für das Ablegen von Meisterprüfungen aus

Per Landtag hat kürzlich einen Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt, erfolgreich abgelegte Meisterprüfungen mit bis zu 15.000 Euro zu fördern. Mit der Förderung wäre die Verpflichtung verbunden gewesen, im Anschluss mindestens für drei Jahre in Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten. Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion die Meisterprüfung attraktiver machen und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Der Fachkräftemangel in Deutschland wird sich in den kommenden Jahren in vielen Bereichen weiter verschärfen insbesondere im Verkauf, in Kitas, der Sozialarbeit und Krankenhäusern. Das geht aus einer veröffentlichten Studie des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Auf eine große Personalnot steuern aber auch Betriebe aus dem

Bauwesen und dem Handwerk hin. Dabei hat das alte Sprichwort "Handwerk hat goldenen Boden" noch immer Gültigkeit. Deutschland ist weltweit für seine guten Handwerker bekannt. Ein tüchtiger Handwerker kann genauso viel verdienen wie ein Universitätsprofessor.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Meister, bedauert, dass die Fraktionen der anderen Parteien den AfD-Antrag abgelehnt haben. Ihm zufolge habe der Fachkräftemangel negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung des Bundeslandes.

"Die zahlreichen Vakanzen sind einer der Gründe für ein schwächeres Wirtschaftswachstum im Land insgesamt und können eine Vielzahl von Problemen bei den jeweiligen Betrieben bedingen. So können beispielsweise Aufträge zeitnah nicht bearbeitet werden, was bei mangelnder Fixkostendeckung Unternehmen in existentiell bedrohliche wirtschaftliche Lagen führen kann. Zudem ist die Meisterausbildung eine der wertstabilsten Investitionen die Zukunft. eigene

Gut ausgebildete Fachkräfte werden immer benötigt", so Meister. In den Jahren 2020 und 2021 haben nur rund 130 Personen im Land eine Meisterprüfung abgelegt.



Kinder nach CoronaMaßnahmen weiter belastet

eschlossene Schulen, Jkein Fußballspielen im Verein und verpasste Geburtstagsfeiern: In Corona-Pandemie mussten Kinder und Jugendliche an vielen Stellen verzichten. Die Folgen davon halten bis heute an. 73 Prozent sind dem Bericht einer Expertengruppe zufolge immer noch psychisch angeschlagen.

"Wir haben als einzige Partei stets davor gewarnt und uns für eine verhältnismäßige Pandemiebekämpfung eingesetzt. Die jetzigen Zahlen sind ein Offenbarungseid und zeigen, dass unsere Warnungen richtig und wichtig waren. Leider stießen diese bei den Verantwortlichen Landesregierung auf der taube Ohren", kommentiert der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas de Jesus Fernandes, besorgniserregenden Ergebnisse des Berichts.

"Die Bundesregierung muss schon jetzt den Bundesländern zur Abfederung der Folgen Gelder zur Verfügung stellen. Wenn jetzt nicht schleunigst gehandelt wird, besteht die Gefahr, dass einige der Betroffenen lebenslang Patienten bleiben", so de Jesus Fernandes weiter.



Mehr Haushaltsmittel für Handwerk und Ausbildungsberufe

Per Staat verprasst gigantischen Wust an Steuergeld für berufsbezogene Werbung. Unter Rot-Rot nimmt das besondere Ausmaße an, wie aus einer Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht.

Die Lehrerwerbekampagne kostet ungefähr eine Millionen Euro im Jahr. Viel Geld wird für Streumaterial oder Banner zum Fenster hinausgeworfen. Hinzu kommen etliche Millionen für Berufe im Staatsdienst. Für die Handwerkskammern gab es hingegen nur schlappe 25.000 Euro aus dem Landestopf.

Und dies, obwohl viel mehr Mangelberufe beim Handwerk zu finden sind. Die AfD-Fraktion wollte das ändern. Insgesamt will man weniger Geld für konkurrierende Werbung ausgeben, die sich gegenseitig aufhebt.

Der Fokus soll auf Ausbildungsberufe gesetzt werden, die einem sogenannten Engpass unterliegen, wie es die Bundesagentur für Arbeit definiert. Die AfD-Landtagsfraktion sieht die Wirtschaft klar im Nachteil gegenüber dem Staat, wenn es um Werbung für Personal geht. Auch die Effizienz der Werbekosten soll geprüft werden.

Der haushalts- und wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Schmidt, will hier ein Umdenken erreichen: "Nicht nur das Konkurrenzparadoxon der Werbeflut innerhalb

der staatlichen Ebene muss minimiert werden. Auch gerade für die Wirtschaft muss gutes Personal übriggelassen werden.

Das Land darf nicht alle Fachkräfte mit viel Steuergeld vom Markt abziehen, eben von denen, die das Steuergeld erarbeiten müssen. Im Haushalt müssen die Prioritäten geändert und Werbung endlich effizient gestalten werden."



Das Ostergewinnspiel der AfD-Fraktion!

In dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung haben wir Ostereiersymbole versteckt.

Wer uns <u>bis zum 23. April unter ostereier@afd-fraktion-mv.de</u> die richtige Anzahl nennen kann, erhält von uns ein kleines Überraschungspaket mit Streuartikeln der AfD-Fraktion.

Unter den richtigen Einsendungen losen wir fünf Gewinner aus!

*Teilnahmebedingungen: Teilnahmefrist ab dem 13.03.2023 bis zum 23.04.2023. Die ersten 5 Einsendungen erhalten ein Überraschungspaket. Berechtigt zur Teilnahme ist jeder, der eine Anzahl Ostereier an die oben angegebene E-Mail-Adresse sendet. Die Gewinner werden per E-Mail informiert. Nach Angabe der Adresse erfolgt der Versand. Der Gewinn kann nicht ausbezahlt werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Upahl: 400 Migranten sollen in Containersiedlung untergebracht werden

400 Migranten sollen in einer Containersiedlung in dem Ort Upahl im Landkreis Nord westmecklenburg untergebracht werden.

Den Beschluss hatte der Kreistag ungeachtet heftiger Proteste vor dem Saal gefasst. Seitdem kommt es immer wieder zu Demonstrationen der Bürger gegen die geplante Gemeinschaftsunterkunft, in der vor allem junge Männer aus Afghanistan, dem Iran und dem Irak einquartiert werden sollen.

Innenminister Christian Pegel verwies angesichts der gespannten Lage lediglich auf einen von der Bundesregierung geplanten Flüchtlingsgipfel.

"Herr Pegel bleibt sich treu, wenn er zur Lösung der aktuellen Migrationskrise erneut auf den Bund hofft, anstatt einmal selbst klare Forderungen an Berlin zu senden

Die bezeichnende Situation in Upahl, die schon baldweitere Orte des Landes erfassen kann, zeigt längst, dass es nicht mehr nur um Gipfel-Vertröstungen gehen kann, sondern jetzt eine spürbare Begrenzung des Zuzugs überfällig ist", kritisierte der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, Jan-Phillip Tadsen.

"Warum schließt sich Herr Pegel nicht dem von Landrat Schomann klar formulierten Ziel 'Illegale Migration stoppen.' an? Die Antwort hat vermutlich viel mit politisch motivierter Eitelkeit zu tun", so Tadsen weiter.



Neue Düngemittelverordnung schränkt Landwirtschaft drastisch ein

Im Dauerstreit um die Düngemittelverordnung in Mecklenburg-Vorpommern hat Umwelt- und Agrarminister Till Backhaus (SPD) die Landwirte zum Einlenken aufgefordert und an die Landwirte appelliert, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

Der Minister wies die anhaltende Kritik an der Begrenzung des Düngereinsatzes zurück.

"Die neue Düngelandesverordnung wird 32,03 Prozent unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen in Mecklenburg-Vorpommern als rote Gebiete ausweisen. Die damit verbundenen immensen Ertragseinbußen führen zur massiven Beschneidung des Agrarsektors. Von 1600 Messstellen im Land wurden lediglich jene 824 ausgewählt, die sich im ersten Grundwas-

serleiter unter der Oberfläche befinden. Die Grundwasser-körper, aus denen tatsächlich Trinkwasser gewonnen wird, werden in den Gebietsausweisungen nicht berücksichtigt", kritisiert der landwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Jens Schulze-Wiehenbrauk.

S c h u l z e - W i e h e n - brauk weist als Vergleich auf die Ausweisung der roten Gebiete in unserem Nachbarland Brandenburg hin, wo lediglich 5,6 Prozent ausgewiesen werden. Das Ziel des Landwirtschaftsministers Backhaus sei nicht der Schutz des Trinkwassers, sondern die Zerschlagung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Schulze-Wiehenbrauk erwarte zudem eine sehr große Zahl an Entschädigungsklagen durch die Landwirte gegen das Land.



EU-Parlament verbietet Verbrennungsmotoren zulieferer GKN schließt gar Reuken.

as EU-Parlament hat beschlossen, dass ab 2035 keine fabrikneuen Pkw mit Verbrenner-Motoren mehr zugelassen werden dürfen. Neuwagen sind demnach in zwölf Jahren ausschließlich mit Elektromotor erlaubt.

Die Entscheidung umstritten, weil sie tief in die Wirtschaft eingreift. Das Verbot kommt keineswegs überraschend.

Der Automobilhersteller Ford streicht bis 2025 rund 2.500 Stellen in Deutschland. Mercedes Auch streicht Arbeitsplätze an mehreren Standorten. Der Automobil-

sein ganzes Zwickauer Werk. Eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften ergab, dass rund 80 Prozent der Befragten es nicht für wünschenswert halten, dass sich der Elektroantrieb durchsetzt.

Hauptvorbehalte sind unter anderem der Kaufpreis, zu wenig Ladestationen, teurer Strom sowie Zweifel der Umweltbilanz. Kritik an der Entscheidung des EU-Parlaments kommt auch vom verkehrspolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Stephan J. Reuken.

Er sieht vor allem darin ein Problem, dass in Mecklenburg-Vorpommern viele Pendler leben, die der steigende Strompreis in Verbindung mit täglicher Nutzung eines E-Autos finanziell zusätzlich belasten wird.

"Letztendlich werden viele Pendler auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen müssen. Dazu muss das Angebot des ÖPNV natürlich deutlich ausgebaut werden.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern geschah in den vergangenen Jahrzehnten allerdings das Gegenteil: Etliche Bahnstrecken wurden

stillgelegt",

Er hält es für notwendig, stillgelegte Gleisabschnitte, Bahnstrecke wie die Priemerburg - Meyenburg, reaktivieren. wie zu

"Elektrofahrzeuge im Gebrauch bei der Polizei und Behörden haben sich nicht sonderlich gut bewährt. Durch den Beschluss des EU-Parlaments wurden jetzt Fakten geschaffen, obwohl derzeit noch unklar ist, ob die Technik in zwölf Jahren so weit ist, dass Elektrofahrzeuge ein gleichwertiger Ersatz für Verbrenner sein können". gibt Reuken zu bedenken.



nfang März hat sich AfD-Landtagsdie fraktion bei ihrer jährlichen Klausurtagung zwei Tage lang ihren politischen Zielsetzungen für das kommende Jahr gewidmet.

Im Vordergrund standen dabei die Migrationspolitik und soziale Themen.

"Die aktuellen Flüchtlingszahlen sind für die Kommunen finanziell und auch platztechnisch nicht zu stemmen", sagt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag, Nikolaus Kramer.

"Grund hierfür ist nicht nur der fehlende Grenzschutz, sondern auch die nicht konsequent durchgeführte Abschiebung von Ausreisepflichtigen.

Aber neben der Migrationspolitik haben wir uns während der Klausurtagung natürlich auch anderen Themen gestellt.

Gerade in sozialen Belangen ist bei uns im Bundesland noch viel zu tun. Wir beenden die Klausurtagung mit vielen neuen Ideen und Konzepten, die wir 2023 für unser Land und unsere Kinder Parlament einbringen werden", so Kramer weiter.



IHR KONTAKT ZUR FRAKTION

AfD-Fraktion im Landtag MV Lennéstraβe 1 (Schloss), 19053 Schwerin

Tel.: 0385/525-1700 E-Mail: kontakt@afd-fraktion-mv.de

Auf Facebook: AfDFraktionMV





Auf Instagram: afdfraktion_mv





Auf Twitter: @AfDFraktion_MV





Webseite: www.afd-fraktion-mv.de





Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Bilder: envato.de, pixabay.de, AfD-Fraktion MV.

Impressum:

AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender), Lennéstraße 1. 19053 Schwerin

In ganz MV nah am Bürger: Die Wahlkreisbüros der Abgeordneten!

Nikolaus Kramer Breite Straße 23, 17358 Torgelow nikolaus.kramer@ afd-fraktion-mv.de 03834 - 7773690 www.nikolauskramer.de

Thomas de Jesus Fernandes Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren thomas.fernandes@ afd-fraktion-mv.de 03991 - 1480711 www.de-jesus-fernandes.de

Jan-Phillip Tadsen Kütiner Straße 21, 19406 Sternberg jan.phillip.tadsen@ afd-fraktion-mv.de ww.jan-phillip-tadsen.de 03847 - 5459946

Jens Schulze-Wiehenbrauk Am Markt 7, 17389 Anklam jens.schulze-wiehenbrauk@ afd-fraktion-mv.de 0385 - 5251723

Paul-Joachim Timm Mobiles Wahlkreisbüro blauto@paultimm-afd.de www.paultimm-afd.de

> Stephan J. Reuken Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast stephan.reuken@ afd-fraktion-mv.de 0385 - 5251722

Nikolaus Kramer Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald nikolaus.kramer@ afd-fraktion-mv.de www.nikolauskramer.de

Enrico Schult Treptower Straße 26, 17109 Demmin enrico.schult@ afd-fraktion-mv.de 03998 - 2856416 https://enrico-schult.net/

> Petra Federau Friedrichstraße 14, 19053 Schwerin petra.federau@ afd-fraktion-mv.de 0385 - 55587370

Jens Schulze-Wiehenbrauk Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald jens.schulze-wiehenbrauk@ afd-fraktion-myde

Michael Meister Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock michael.meister@ afd-fraktion-mv.de www.michael-meister.de

Martin Schmidt Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin 0385 - 4883997, 0177 - 4473304 kontakt@martinschmidt.net www.martinschmidt.net Thore Stein Lange Straße 20, 19370 Parchim thore.stein@ afd-fraktion-mv.de 03871 - 2639175 www.thore-stein.de

Enrico Schult Basedower Straße 10 17139 Malchin enrico.schult@ afd-fraktion-mv.de https://enrico-schult.net/

Horst Förster
Neustrelitzer Straße 70g,
17033 Neubrandenburg
horst.foerster@
afd-fraktion-mv.de
0395 - 36968500
www.horst-foerster.de

Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner Gingster Chausee 6A, 18528 Bergen eva-maria.schneidergaertner@afd-fraktion-mv.de 03838 - 3079960

Jens-Holger Schneider Dankwartstraße 57, 23966 Wismar jens-holger.schneider@ afd-fraktion-mv.de 03841 - 2452765

Martin Schmidt Lange Straße 108, 19230 Hagenow 0385 - 4883997, 0177 - 4473304 kontakt@martinschmidt.net www.martinschmidt.net